

Information über die Sitzung des Gemeinderats am 13. November 2012

Bildung von Ausschüssen; Ergänzungswahlen

Aufgrund personeller Veränderungen sind Ergänzungswahlen in verschiedenen Ausschüssen erforderlich.

Einstimmiger Beschluss:

Bauausschuss

Herbert Magin für Peter Klein
Carmen Jakoby für Herbert Magin

Schulträgerausschuss

Grundschule „Pestalozzi“

Elternvertreter

Katja Walter für Andreas Dölle
Alexandra Giesen für Regina Frommer

Schulträgerausschuss

Grundschule „Im Mandelgraben“

Elternvertreter

Andrea Labitzke für Barbara Mächtle
Gerald Götz für Andrea Labitzke

Gremium Grundwasserproblematik

Hartmut Kegel für Otto Klein

Rat für Kriminalprävention

Dieter Anders für Hubert Rost
Leonhard Sebastian für Dieter Anders

Jahresabschluss Palatinum 2011

Die Verwaltung hat den Jahresabschluss erstellt, der nun vom Gemeinderat festgestellt werden muss. Das Bilanzvolumen beträgt danach 9.099.767,22 €. Das Ergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit schließt mit einem Verlust von 149.366,69 €. Den Einnahmen aus Umsatzerlösen über 118.829,62 € und den sonstigen betrieblichen Erträgen von 16.995,52 €, stehen im operativen Geschäftsbereich Ausgaben von 285.191,83 € gegenüber. Die Abschreibungen auf das Anlagevermögen betragen im Geschäftsjahr 292.953,38 €. Für den Kapitaldienst mussten Zinszahlungen in Höhe von 255.500,37 € erbracht werden. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist ausgeglichen, da die Gemeinde als Träger der Einrichtung den ausgewiesenen Jahresverlust übernimmt. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat den Abschluss mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Einstimmiger Beschluss:

Der Jahresabschluss des Palatinum für das Jahr 2011 wird in der vorliegenden Fassung festgestellt.

Jahresabschluss Abwasserbeseitigung 2011

Die Verwaltung hat den Jahresabschluss erstellt, der nun vom Gemeinderat festgestellt werden muss. Die Bilanz schließt mit einer Summe von 8.612.551,88 € ab. Die Gewinn- und Verlustrechnung weist einen Fehlbetrag von 35.354,68 € aus. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat den Abschluss mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Einstimmiger Beschluss:

Der Jahresabschluss der Abwasserbeseitigungseinrichtung der Gemeinde Mutterstadt für das Wirtschaftsjahr 2011 mit einer Bilanzsumme von 8.612.551,88 € wird in der vorliegenden Fassung festgestellt. Der ausgewiesene Jahresverlust von 35.354,68 € wird den Rücklagen entnommen.

1. Nachtragshaushaltssatzung mit Nachtragshaushaltsplan 2012

Die Verwaltung hat wegen der eingetretenen und voraussehbaren Mehr-/Mindereinnahmen, Mehr-/Minderausgaben und auf Grund von Beschlüssen des Gemeinderates und der Fachausschüsse einen Nachtragshaushaltsplan für 2012 erstellt.

Mit dem Nachtragshaushaltsplan reduziert sich der Jahresfehlbetrag im Ergebnishaushalt gegenüber der ursprünglichen Berechnung von 1.850.324,00 € um 880.500,00 € auf 969.824,00 €. Im Finanzhaushalt vermindert sich der Finanzmittelfehlbetrag von 2.202.953,00 € um 822.979,00 € auf nun 1.379.974,00 €. Dieser Betrag erhöht sich um die planmäßigen Darlehenstilgungen von 129.200,00 € auf 1.509.174,00 €. Zum Ausgleich dieses Betrages wird die Aufnahme eines Darlehens in Höhe von 1.475.000,00 € geplant sowie 34.174,00 € den liquiden Mitteln entnommen. Die Verwaltung weist auch auf das Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit hin, das sich von einem Fehlbetrag in Höhe von 700.924,00 € im Haushalt 2012 zu einem Überschuss in Höhe von 354.576,00 € im Nachtrag 2012 entwickelt hat.

Außerdem erläutert die Verwaltung, dass bei der Baumaßnahme Erweiterung Neuer Friedhof 68.783,73 € und bei der Baumaßnahme Ganztagschule Im Mandelgraben/Erweiterung Haus des Kindes 133.493,35 € gegenüber der Kostenschätzung eingespart werden konnten.

Einstimmiger Beschluss:

Die vorliegende 1. Nachtragshaushaltssatzung mit Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012 wird beschlossen.

Festsetzung der Steuern, Beiträge und Gebühren für das Jahr 2013

Für die Haushaltsplanungen 2013 ist es erforderlich, die Steuer-, Beitrags- und Gebührensätze, bereits jetzt festzusetzen.

Die Hundesteuer für den ersten Hund wird von 45,00 € auf 54,00 € angehoben. Grund dafür ist eine enorme Kostensteigerung für die Heimunterbringung von ausgesetzten oder herrenlosen Hunden. Die Gemeinde musste hierfür in 2012 rund 10.000,00 € aufwenden.

Außerdem ist es aufgrund einer Nachkalkulation erforderlich, die Abwassergebühren von 1,90 €/m³ auf 2,05 €/m³ anzuheben. Die Erhöhung ist notwendig, weil aufgrund steigender Instandsetzungskosten von Pumpwerken, des Kanalnetzes und dem zu zahlenden Abwasserentgelt an die Stadt Ludwigshafen eine Unterdeckung entstanden ist. Die Erhöhung ergibt ca. 75 T€ Mehreinnahmen für die Abwasserbeseitigungseinrichtung. Ein durchschnittlicher Bürgerhaushalt wird mit ca. 18,75 € jährlich mehr belastet.

Die anderen Abgaben, wie beispielsweise Grundsteuer und Gewerbesteuer, bleiben unverändert.

Einstimmiger Beschluss:

Die Steuer-, Gebühren- und Beitragssätze für das laufende Jahr 2013 werden in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Hinweis:

Eine Übersicht aller Steuern, Gebühren und Beiträge enthält die Haushaltssatzung. Sie wird nach Beschluss und Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde voraussichtlich im kommenden Februar/März im Amtsblatt und im Internet unter www.mutterstadt.de veröffentlicht.

Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms (LEP IV);

Das Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung übersandte die Unterlagen für das erneute Beteiligungs- und Anhörverfahren bei der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms Rheinland-Pfalz (LEP IV) mit der Bitte um Stellungnahme. Die Unterlagen wurden den Fraktionen vorab in Kopie zugeschickt.

Die Sichtung durch die Verwaltung hat keine Punkte ergeben, die zusätzlich zur bisher abgegebenen Stellungnahme angemerkt werden müssten.

Einstimmiger Beschluss:

Zur vorgelegten Teilfortschreibung des LEP IV sind keine weiteren Anmerkungen zu machen.

Ausbau Ludwigshafener Straße und Oggersheimer Straße mit Gestaltung der Kreuzung Ortsmitte

Am 23.10.2012 fand im Palatinum die zweite Bürgerversammlung zum Thema Ausbau Ludwigshafener Straße statt. Dabei wurden die überarbeiteten Pläne von Büro KUG vorgestellt, welche Änderungswünsche aus der bisherigen Bürgerbeteiligung einschließlich der 1. Bürgerversammlung vom 08.02.2011 berücksichtigen. Zudem flossen die Erkenntnisse aus dem Verkehrsversuch vom Frühjahr dieses Jahres und Hinweise des LBM in die Planentwürfe ein. Für die Lösung an der Ampelkreuzung in Ortsmitte sind noch zwei Varianten im Gespräch. Einmal der ovale Kreisverkehr und zum Anderen die versetzte Kreuzung mit Rechts-vor-Links-Regelung an allen ankommenden Ästen.

Während des vor Ostern 2012 durchgeführten Verkehrsversuchs hatten sich sowohl die Verwaltung als auch die Verkehrsexperten des Landesbetriebes Mobilität in Speyer und des Büros KUG davon überzeugen können, dass eine Lösung mit der aufgelösten Kreuzung funktioniert. Nach dem Ausbau der Kreuzung, wie sie jetzt in der Planung vorgesehen ist, wird der Versatz und die Geschwindigkeitsreduzierung noch deutlicher hervortreten. Die Verwaltung und die Planer sind überzeugt, dass dadurch die Aufenthaltsqualität in der Ortsmitte deutlich gesteigert werden kann, zumal die außerhalb der Fahrbahn liegenden Flächen maximiert werden und auch einer besseren Gestaltung zugeführt werden können.

Die vorgestellte Planung erfuhr auch eine deutliche Zustimmung der großen Mehrheit der mehreren hundert anwesenden Bürgerinnen und Bürger.

Der Vorsitzende erklärt, dass es jetzt um die Grundsatzentscheidung gehe. Details werden noch weiterentwickelt.

Ratsmitglied Andrea Franz (SPD) erklärt, dass ihre Fraktion die Umgestaltung der Ampelkreuzung skeptisch gesehen und deshalb dem Verkehrsversuch zugestimmt habe. Jetzt sei man froh, dass der Verkehrsversuch so gut funktioniert habe. Mutterstadt bekomme durch die Umgestaltung einen attraktiven Ortskern, der auch zum Verweilen einlädt.

Ratsmitglied Martin Kielbasa (CDU) erklärt, dass seine Fraktion einen ovalen Kreisel favorisiert, jedoch mit den vorgesehenen Leerrohren für eine spätere Ampel der geplanten Umgestaltung zustimmen kann. Ratsmitglied Leonhard Sebastian (CDU) erinnert, dass sich die Meinungsbildung seiner Fraktion auch auf die intensiven Beratungen mit ihrem verstorbenen Verkehrsexperten Hubert Rost stützte. Außerdem habe man den Kreisel auch aus städtebaulichen Gründen bevorzugt. Ratsmitglied Dr. Ulf-Rainer Samel (CDU) ergänzt, dass der ADAC bei einem Verkehrsaufkommen von über 12.000 Fahrzeugen im Jahr eine Ampelkreuzung empfehle. Bei der aufgelösten Kreuzung gebe es 32 Konfliktpunkte, beim Kreisel jedoch nur 8.

Der Vorsitzende erläutert, dass es nach der Umgestaltung keine Kreuzung mehr gibt, sondern nur noch eine versetzte rechts-vor-links Regelung. Ein Kreisel hätte keinen optischen Mittelpunkt. Dennoch gesteht der Vorsitzende ein, dass es ein Restrisiko gebe und deshalb Leerrohre für die Nachrüstung einer Ampel vorgesehen werden.

Einstimmiger Beschluss:

Die Ampelkreuzung in Ortsmitte soll entsprechend dem Planungsvorschlag der aufgelösten Kreuzung ausgebaut werden. Die Verwaltung wird beauftragt, die Entwurfsplanung durch Büro KUG fertigstellen zu lassen und die erforderlichen Anträge beim LBM Speyer einzureichen.

Hinweis:

Die Amtsblattberichte zu den Bürgerversammlungen mit Planskizzen sind im Internet unter www.mutterstadt.de/aktuelles/strassengestaltung_im_ortskern_umbau_ludwigshafener_strasse_oggersheimer_strasse/index.html

Betriebskostenanteil für das Freibad Mutterstadt aus dem Jahr 1997

Für das Jahr 1997 besteht noch eine offene Restforderung des Rhein-Pfalz-Kreises für das Freibad Mutterstadt in Höhe von 28.121,05 €. Damals hatten die Gemeinden Limburgerhof und Mutterstadt eine höhere Beteiligung an den Betriebskosten abgelehnt. Nachdem nun die Angelegenheit noch einmal aufgerollt und geklärt ist, hat die Gemeinde Limburgerhof die Restzahlung beschlossen. Die Kreisverwaltung hat im Nachgang dazu nun auch die Gemeinde Mutterstadt um Begleichung der ausstehenden Forderung in Höhe von 28.121,05 € gebeten. Zinsen sollen - wie auch für Limburgerhof - nicht erhoben werden.

Die Verwaltung schlägt - trotz inzwischen eingetretener Verjährung und ohne rechtliche Pflicht - vor, dass auch Mutterstadt den rückständigen Betrag auszahlt.

Einstimmiger Beschluss:

Die offene Restforderung für den Betriebskostenanteil aus dem Jahre 1997 wird noch im Jahr 2012 an den Rhein-Pfalz-Kreis ausgezahlt.

Anfrage zum Sachstand Südspange

Auf Frage nach dem Sachstand der Südspange, entlang derer auch die Südwest-Umfahrung von Mutterstadt für Traktoren gebaut werden soll, informiert der Vorsitzende:

Das Planfeststellungsverfahren ist abgeschlossen und die Ausführungsplanung läuft. In verschiedenen Gemeinden, u.a. in Rheingönheim, muss noch Grunderwerb getätigt werden. Hierbei muss mit Verzögerungen gerechnet werden. Nach Einschätzung des Vorsitzenden wird der Bau deshalb nicht vor 2015 beginnen. Durch die Verzögerung werden aber keine Zuschüsse verwirkt. Die Mitglieder des Gewässerzweckverbandes, so auch die Gemeinde Mutterstadt, leisten bereits jährliche verzinste Ratenbeträge für die Baumaßnahme.